



Newsletter 11/23, 30. November 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

am 15. November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht ein historisches Urteil gefällt: Erstmals ist ein Bundeshaushalt für verfassungswidrig erklärt worden. Was wir jetzt erleben, ist bislang ohne Beispiel in der bundesdeutschen Politik.

Es ist unredlich, dass Vertreter der Ampel-Regierung in dieser Situation die Union kritisieren und uns die Verantwortung für das absolute Ampel-Desaster zuschieben wollen. Zu behaupten, dass wir gegen den Klimafonds oder gegen die Klimapolitik geklagt hätten, ist eine bewusste Irreführung der Bevölkerung. Viele der im Klimafonds eingestellten Maßnahmen für den Klimaschutz finden grundsätzlich unsere Unterstützung. Sie sollten aber mit den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden und nicht über dubiose Schattenhaushalte.

Geklagt worden ist gegen den Nachtragshaushalt und die Art und Weise, wie die Ampel-Regierung 60 Milliarden Euro Kreditermächtigungen in verfassungswidriger Weise übertragen hat. Und das höchste Gericht hat uns Recht gegeben!

Um es deutlich zu betonen: Diese Finanzpraxis hat es so noch nicht gegeben - unter keiner Regierung davor! Alle Haushalte (inklusive Sondervermögen) wurden stets jahresgenau abgerechnet. Das Bundesverfassungsgericht hat den Ampel-Haushalt

kassiert, weil die Ampel-Regierung gegen das Jährlichkeits- und Jährigkeitsprinzip verstoßen hat. Richtig ist, dass es auch in Zeiten der Unionsregierung Übertragungen in Sondervermögen gegeben hat. Und dies stets innerhalb des betreffenden Jahres, in dem die Notlage aufgrund von Naturkatastrophen (dazu zählt eine Pandemie) oder externen Einflüssen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen, vorgefallen ist. Es wurden die Ausgaben genau auf das Jahr hin abgerechnet, in dem sie verausgabt wurden.

Die Ampel-Koalition muss das Verfahren für den Bundeshaushalt 2024 komplett neu aufrollen. Es muss nun darum gehen, die Ausgabenprioritäten neu zu setzen. In Zeiten von Rekord-Steuereinnahmen ist es schwer zu vermitteln, dass eine Regierung ihre Politik ohne die Aufnahme neuer Schulden nicht umsetzen kann. Es gibt im Haushalt sehr wohl Ausgabentitel, die gestrichen oder reduziert werden könnten, um das 18,2 Mrd.-Loch für das Jahr 2024 auszugleichen und dennoch mit Nachdruck Klimaschutz umsetzen zu können.

Ich bleibe, wie Sie, gespannt, wie die Ampel-Koalition die kommenden Wochen bestreiten wird. Nun wünsche ich Ihnen erstmal einen schönen, gesegneten ersten Advent!

Ihre



Meine 22. Rede im Bundestag

Meine 22. [Rede](#) im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken“

In meiner Rede habe ich an Beispielen die faktische Notlage bei der Bereitstellung psychotherapeutischer Angebote in unserem Land dargestellt:

Bei einem Schulbesuch hatte mich ein Schulleiter angesprochen, er suche für mehrere Schülerinnen und Schüler dringend psychotherapeutische Angebote. Die Kinder seien seit Corona nicht mehr in die Schule gekommen, hätten sich zurückgezogen, die Eltern verzweifeln.

Eine Bürgerin bat mich dringend um Hilfe, sie sei wegen schwerer Depression bereits zweimal in einer psychiatrischen Klinik gewesen, suche seit Wochen einen ambulanten Therapieplatz, und habe Angst, dass sich ihr Zustand wieder verschlechtert.

Ein Unternehmer berichtete mir von seiner Mutter, die eine beginnende Demenz hat, nicht mehr leben will und über begleiteten Suizid nachdenkt. Er fühlt sich in dieser Situation allein gelassen.

Diese drei Fälle sind beispielhaft für die Not der Menschen und ihrer Angehörigen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen. Mehr als jeder vierte Erwachsene und fast jeder fünfte Minderjährige erkrankt innerhalb eines Jahres an einer psychischen Erkrankung.

Ich betonte in meiner Rede, dass gerade frühzeitige Diagnostik und Versorgung zentral sind, um die psychische Gesundheit der Patientinnen und Patienten wiederherzustellen und eine Chronifizierung zu verhindern, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Lange Wartezeiten bei Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Fachärztinnen und Fachärzten stehen diesen Zielen jedoch entgegen.

Die CDU/CSU-Fraktion habe daher einen umfassenden Antrag gestellt und sehr konkrete Forderungen aufgestellt, u. a.:

1. die Bedarfsplanung der Psychotherapie muss endlich – vor allem mit Blick auf Kinder und Jugendliche - weiterentwickelt werden, so dass Menschen mit psychischen Erkrankungen bedarfsgerecht, auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen, leichter einen ambulanten Therapieplatz erhalten,
2. schwer psychisch kranke Menschen mit komplexen Behandlungsbedarf müssen noch besser berufsgruppenübergreifend, koordiniert und strukturiert versorgt werden.
3. Dazu braucht es gut ausgebildete Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Medizinerinnen und Mediziner. Dies müssen wir gemeinsam sicherstellen.
4. Es ist dringend notwendig, ausreichend Weiterbildungsplätze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten nach dem Master zu finanzieren.
5. Reformvorhaben zur bedarfsgerechten stationären Versorgung müssen zügig umgesetzt werden.
6. Vernetzte Strukturen und eine sektorübergreifende Versorgung müssen weiter ausgebaut werden.
7. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen muss Krisen- und Notfallversorgung nach einheitlichen Standards niederschwellig, flächendeckend, 24 Stunden/7 auf- und ausgebaut werden, um auch die Suizidprävention zu stärken.

Mit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion geben wir Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen eine Stimme. Ich rief die Parteien dazu auf, gemeinsam und ergebnisorientiert daran mitzuarbeiten.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: https://youtu.be/t1e4eQy_tHc



Plenarwoche vom 06. bis 10. November

Das war ein zentrales Thema in dieser Sitzungswoche:

Unser Antrag: „Für Deutschlands Sicherheit – nachhaltige Finanzierung für eine einsatzbereite und einsatzfähige Bundeswehr“

Deutschland braucht eine einsatzbereite Bundeswehr, die den Erfordernissen der Landes- und Bündnisverteidigung gerecht wird. Dafür muss der Verteidigungshaushalt zusätzlich zum Sondervermögen bis 2026 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem Wort der „Zeitenwende“ endlich auch konkrete Taten bei der Reform der Bundeswehr folgen zu lassen. Das erfordert eine schmerzhaft, aber dringend notwendige finanzielle Unterfütterung im Bundeshaushalt. Die Verteidigungsausgaben müssen, wie vom Verteidigungsminister selbst gefordert, ab 2024 substantiell, d.h. um jährlich mindestens zehn Milliarden Euro erhöht werden, und zwar zusätzlich zum Sondervermögen. Das Sondervermögen muss wieder so genutzt werden, wie es gemeinsam zwischen den Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU beschlossen und dann vertrauensbrechend, ohne vorherige Abstimmung durch die Koalition einseitig aufgekündigt wurde. Es darf nicht als Steinbruch, sondern muss wieder zur belastbaren Finanzierung langjähriger und komplexer Rüstungsvorhaben dienen.

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Leitantrag „Der Ukraine zum Sieg verhelfen – für eine umfassende und kontinuierliche Unterstützung der Ukraine“

Unser Ziel ist und bleibt die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Hierfür benötigt die Ukraine weitere substanzielle Unterstützung – militärisch, finanziell, humanitär und politisch. Dabei kommt es insbesondere auf den Faktor Zeit sowie die Qualität und Quantität der Unterstützung an. Das heißt auch, dass der Ukraine endlich und unverzüglich die lang erbetenen TAURUS-Marschflugkörper im größtmöglichen Umfang geliefert werden müssen. Zusätzlich ist es unerlässlich, die Ukraine in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden, die einen dauerhaften Schutz ermöglicht. Perspektivisch muss dies auch einen Beitritt zur NATO ermöglichen. Daneben muss die EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine mit Leben gefüllt und formale Beitrittsgespräche aufgenommen werden. Dabei ist klar, dass auf dem weiteren Weg die Beitrittskriterien erfüllt und die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union berücksichtigt werden muss. Bis zur Vollmitgliedschaft müssen geeignete Zwischenschritte einer engeren Anbindung an die EU vereinbart werden.

Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Sie muss die dafür notwendige politische, militärische und finanzielle Unterstützung erhalten. Im Gegensatz zur Bundesregierung legen wir ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, mit dem wir die Ukraine kurz-, mittel- und langfristig in ihrem Freiheitskampf unterstützen.

Gesetzentwürfe der Unionsfraktion zum Kampf gegen Antisemitismus

Wir blicken mit Abscheu auf den aus Anlass des Hamas-Terrors bei Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland offen zutage tretenden Hass und Antisemitismus. Die Zurschaustellung von Freude über Tod von Jüdinnen und Juden ist unerträglich und muss alle nach den Regeln des Rechtsstaats möglichen Konsequenzen nach sich ziehen.

Bedauerlicherweise hat sich gezeigt, dass die strafrechtlichen Sanktionen und ausländerrechtlichen Handlungsmöglichkeiten des deutschen Rechtsstaats noch nicht den Erfordernissen genügen. Deshalb hat die Unionsfraktion zwei Vorlagen mit dringend notwendigen Gesetzesverschärfungen in den Deutschen Bundestag eingebracht: das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze“ sowie das „Gesetz zur Beendigung des Aufenthalts und Verhinderung der Einbürgerung antisemitischer Ausländer“.

Im Strafrecht braucht es Anpassungen bei den Delikten der Volksverhetzung, des Landfriedensbruchs und der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Im Ausländerrecht soll sichergestellt werden, dass antisemitische Ausländer nicht eingebürgert werden können und bei antisemitischen Straftaten unser Land wieder verlassen.

Im Einzelnen geht die Unionsfraktion folgende Punkte an:

- Antisemitische Volksverhetzung soll als ein besonders schwerer Fall definiert und dafür eine Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten festgelegt werden.
- Zudem hat sich bei den hass- und gewalterfüllten Demonstrationen der letzten Wochen gezeigt, dass erhebliche Strafbarkeitslücken beim Delikt des Landfriedensbruchs bestehen. Gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen müssen angemessen sanktioniert werden. Leider können gewalttätige Demonstranten ihre Ausschreitungen oftmals in der Deckung durch die Menge der Sympathisanten und Neugierigen ohne größeres Risiko begehen. Die aktiven Gewalttäter werden durch die umstehende Menge „abgeschirmt“. Die Union will deshalb zur früheren Fassung des § 125 StGB zurückkehren: Es soll für die Strafbarkeit ausreichen, Teil der feindseligen Menschenmenge zu sein, aus der heraus Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen oder Bedrohungen von Menschen mit Gewalttätigkeiten begangen werden.
- Darüber hinaus soll die Strafbarkeit der Sympathiewerbung für Terrororganisationen wieder eingeführt werden. Bisher ist nur die Werbung um Mitglieder oder Unterstützer strafbar.
- Des Weiteren hat die Union Vorschläge für Verschärfungen bestimmter ausländerrechtlicher Vorschriften gemacht. Bei einer Verurteilung wegen antisemitischer Straftaten soll ein Ausländer in der Regel ausgewiesen werden bzw. seinen Asyl- oder Schutzstatus verlieren. Darüber soll das Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel zur Einbürgerungsvoraussetzung werden. Antisemiten wird damit der Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit versperrt. Personen mit Doppelpass sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit bei schweren antisemitischen Straftaten verlieren.

Plenarwoche vom 27. November bis 01. Dezember

Das war einer unserer Themen-Schwerpunkte in dieser Sitzungswoche:

Wirtschafts-Wende jetzt – Vorfahrt für Freihandel vor Parteipolitik

Die Grünen haben sich auf ihrem Parteitag gegen den Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens ausgesprochen. Diese Entscheidung ist sowohl inhaltlich falsch als auch politisch befremdlich. Sie ist inhaltlich falsch, denn Handelspartnerschaften sind eine wichtige Grundlage für intensiveren wirtschaftlichen Austausch, die Mehrung des Wohlstands und politischen und gesellschaftlichen Dialog. Sie sind auch Kernelemente zur Diversifizierung unserer Lieferketten und zur Stärkung der Resilienz unserer Volkswirtschaft. Für Deutschland und Europa ist die Partnerschaft mit Demokratien in Lateinamerika auch geopolitisch bedeutsam. Nur in Zusammenarbeit mit Wertepartnern wird der Erhalt der internationalen regelbasierten Ordnung und die Stärkung freiheitlich demokratischer Gesellschaften in einer multipolaren Welt gelingen können.

Die Entscheidung der Grünen ist zudem politisch fragwürdig. Die Partei stellt den Bundeswirtschaftsminister und die Außenministerin – da läge es nahe, den wirtschaftspolitischen Schulterschluss mit unseren Partnern in der Welt zu suchen, damit Deutschland nicht den Anschluss verliert. Das Mercosur-Abkommen würde unsere Wirtschaft beleben und neue Absatzmärkte für deutsche Unternehmen erschließen. Die Bundesminister Habeck und Baerbock konnten sich dennoch nicht gegen die

ideologischen Vorbehalte ihrer Partei durchsetzen. Schlecht für Deutschland, schlecht für unsere Wirtschaft und schlecht für unsere Arbeitsplätze.



**CDU in Baden-Württemberg:
Mit Manuel Hagel MdL stellt sich die Partei personell neu auf**

Gelungener Generationswechsel: Manuel Hagel ist neuer Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg - mit einem hervorragenden Ergebnis von 91,5% von den Mitgliedern beim Landesparteitag gewählt. Thomas Strobl - zwölf Jahre an der Spitze der Landespartei

- geht und bekommt langen und herzlichen Applaus für seine hoch engagierte Arbeit.

Neue Generalsekretärin ist meine Bundestagskollegin Nina Warken, die auch parlamentarische Geschäftsführerin der Unions-Bundestagsfraktion ist. Sie wurde mit umwerfenden 91,1 Prozent der Stimmen gewählt. Als Generalsekretärin der baden-württembergischen CDU folgt sie auf Isabell Huber, die in den vergangenen Jahren einen hervorragenden Job gemacht hat.

Manuel Hagel hat in seiner Antrittsrede alle begeistert, knüpfte an langjährige Werte der CDU an und betonte die notwendige Geschlossenheit und Zuversicht, auch um Wahlen zu gewinnen. Er formulierte Handlungsaufträge der CDU Baden-Württemberg für die kommenden Jahre in den Themen Klimaschutz, Bildung, Wirtschaft, innere Sicherheit und Migration.

Großen Beifall von uns allen bekam er für seine launischen Worte: "Das politische Erbe von Winfried Kretschmann wird bei uns in guten Händen sein."



**Vorweihnachtliche Grußbotschaften für unsere
Soldatinnen und Soldaten im Einsatz**

Auch in diesem Jahr übersenden wir Parlamentarier Grußbotschaften für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz fern der Heimat. Auf Initiative des Deutschen Bundeswehrverbandes und der OASE-Einsatzbetreuung unterschrieben Abgeordnete des Deutschen Bundestags jetzt in der Vorweihnachtszeit Grußbotschaften für die Truppe im Auslandseinsatz und auf den aktuellen Missionen. Etwa 2.500 Soldatinnen und Soldaten erleben dieses Jahr das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familien.

Mit meiner Unterschrift bezeuge auch ich den Soldatinnen und Soldaten meinen Respekt,

meine Verbundenheit und Unterstützung bei Erfüllung ihres Auftrags in schwierigen Zeiten.

Ich bedanke mich bei der Truppe für die Bereitschaft, die Werte, die wir im Bundestag vertreten, auf Einsätzen und Missionen zu verteidigen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee – und wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier stehen in der Pflicht, den Soldatinnen und Soldaten zur Seite zu stehen, die wir beauftragen.

Von Herzen wünsche ich allen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz die unversehrte Heimkehr in den Kreis ihrer Lieben.



Ich unterstütze die Kampagne gegen Kindesmissbrauch:

"Schieb deine Verantwortung nicht weg!"

„Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ heißt die gemeinsame Kampagne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Anlässlich des „Europäischen Tags zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexueller Gewalt“ habe ich mich dieser Kampagne selbstverständlich angeschlossen. Denn es ist nach wie vor ein gesellschaftliches Thema, dem unsere ganze Aufmerksamkeit gelten muss.

Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche findet insbesondere in der Familie, im Freundeskreis oder in der Verwandtschaft statt und kann überall, wo sich Kinder aufhalten, passieren. Dennoch ist es immer noch ein viel zu tabuisiertes Thema.

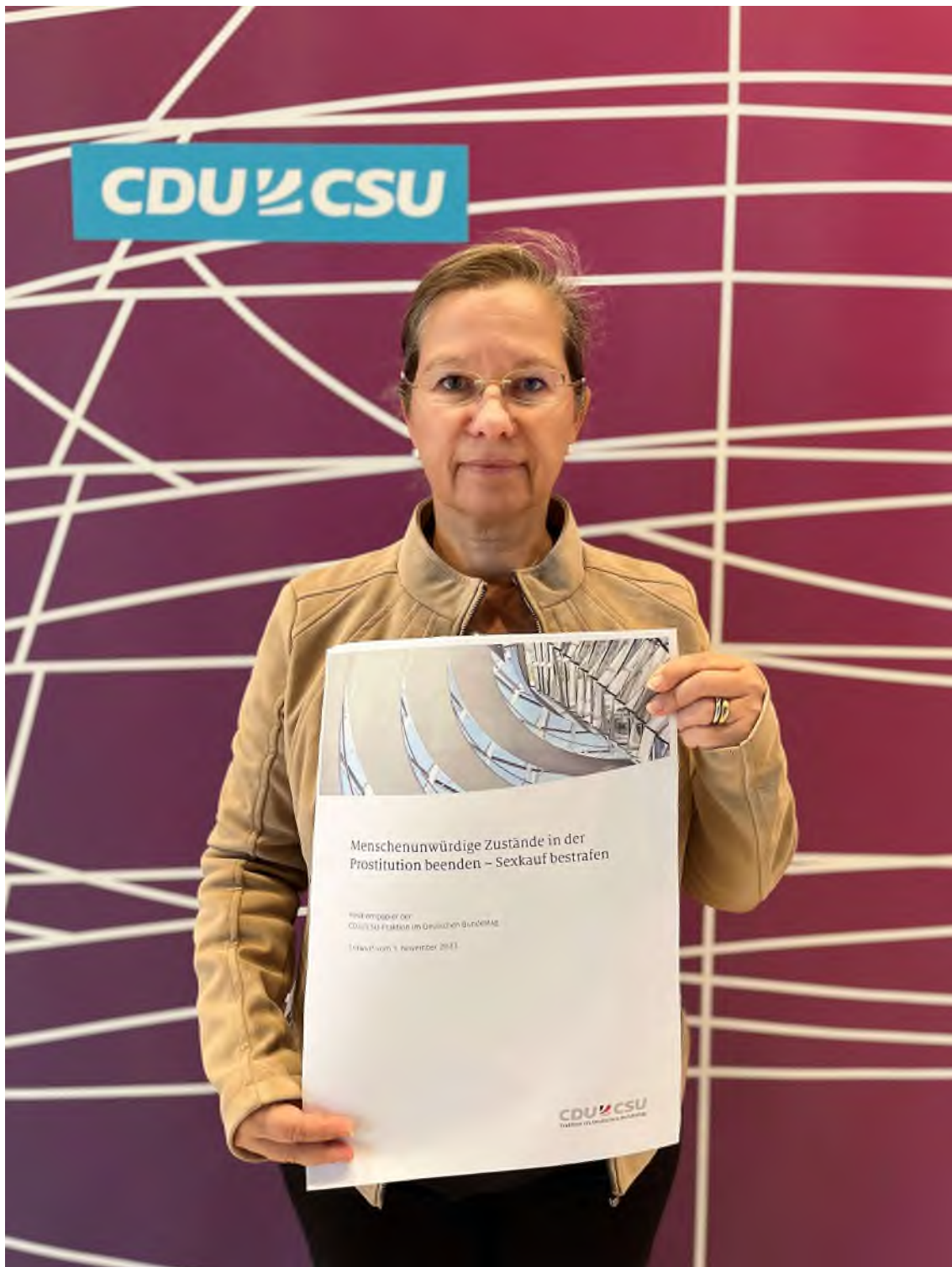
Häufig ist es zudem schwer, sexuellen Missbrauch zu erkennen. Darum müssen Erwachsene stets aufmerksam sein, wenn sich ein Kind plötzlich merklich anders als gewohnt verhält. Denn Kinder können sich nicht allein schützen. Dafür sind Erwachsene verantwortlich. Und alle können lernen, was zu tun ist – und das nicht erst, wenn etwas passiert ist.

Etwa 85 Prozent der Eltern halten es für unwahrscheinlich oder gar ausgeschlossen, dass sexuelle Gewalt in ihrer eigenen Familie passiert oder passieren kann. Leider zeigen die Zahlen aber auch, dass Übergriffe gerade aus dem familiären Umkreis kommen.

Die Polizeistatistik gibt zudem preis, dass es einen Anstieg der Missbrauchszahlen in der digitalen Sphäre gibt. Kindesmissbrauch im Internet ist damit eine zunehmende Herausforderung, deren Bekämpfung sich Behörden, Politik und nicht zuletzt die Eltern der Kinder stellen müssen.

Die Kampagne macht auch auf Hilfeangebote aufmerksam. Denn das ist eine weitere Botschaft der Kampagne „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“. Hilfe suchen und Hilfe annehmen, in Fällen von erfolgten und vermuteten sexuellen Kindermisbrauchsfällen. Geschulte Helferinnen, Helfer, Psychologinnen, Pädagoginnen, Pädagogen und die Ämter sind eine wichtige Stütze bei der Prävention und beim Kampf um die seelische und physische Genesung von Kindern in Missbrauchsfällen.

Es gilt immer: Hinsehen – Zuhören – Nachfragen. So retteten wir Leben und fragile Kinderseelen.



Positionspapier der Union: Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden

Anlässlich der katastrophalen Situation für Menschen in der Prostitution in Deutschland bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier klare Stellung für einen Paradigmenwechsel in Politik und Gesetzgebung in Form des Sexkaufverbots. Das bisherige Prostituiertenschutzgesetz ist gescheitert. Es schützt Prostituierte nicht. Hunderttausende Frauen in der Zwangsprostitution werden unter erbärmlichen Umständen ausgenutzt und erfahren Gewalt. Ihre Körper werden be- und gehandelt wie billige Ware. Ihr Leben ist zerstört, während der Menschenhandel blüht. Diese Missstände sind unerträglich, und sie im jetzigen System zu verhindern, ist unmöglich. Deshalb fordert die

Union als erste Fraktion im Deutschen Bundestag einen grundlegenden Kurswechsel.

Konservativ geschätzt haben wir 250000 Prostituierte in Deutschland, von denen nur etwa 28000 angemeldet sind. Unter anderem die Zahl der ukrainischen Prostituierten hat sich seit Beginn des Angriffskriegs der Russen auf die Ukraine verdoppelt. Die Grundsatzfrage lautet: Sollen die Körper von Frauen gekauft werden dürfen? Die Antwort ist ein klares ‚Nein‘. Die allermeisten Menschen in der Zwangsprostitution leiden nicht nur unter ihrer individuellen Situation von Abhängigkeit und Unterdrückung, sie werden auch von der Gesellschaft nicht gesehen.

Die gesundheitlichen Folgen der Prostitution sind dramatisch. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Prostituierten liegt bei 33 Jahren. Da trotz Krankheit in der Regel weiter täglich "angeschafft" wird, sind langfristige Schäden die natürliche Folge. Extremer und ständiger Stress hinterlässt seine Spuren in Form von Voralterung, permanenten Bauchschmerzen, Gastritis und Infektionen. Die vollzogenen sexuellen Handlungen führen bei vielen Prostituierten zu bleibender Traumatisierung und zu gravierenden, irreversiblen körperlichen Schäden.



**Gespräche mit der Leitung der Zeltunterkunft für
„Unbegleitete minderjährige Ausländer“ (UMA) in Steinen**

Die stark steigenden Zahlen an Geflüchteten im Landkreis Lörrach über die Schweizer Grenze haben außerordentliche Maßnahmen zur Folge.

Für UMAs wurde auf dem Parkplatz des Freibads in Steinen in Zelten Platz geschaffen, den wir - Sabine Hartmann-Müller MdL und ich - mit Sozialdezernentin Elke Zimmermann-Fiscella und Mitarbeitenden aus dem Landratsamt besichtigen durften.

Ein tolles Team an Mitarbeitenden betreut hier die jungen Männer und sorgt mit

integrativen und sportlichen Angeboten für Ablenkung, bis sie nach 6-8 Wochen in andere Landkreise verteilt werden.

Für den Landkreis Lörrach bedeutet das einen hohen personellen und finanziellen Aufwand, der vom Land Baden-Württemberg ohne viel Bürokratie übernommen werden muss!

Gleichzeitig sollte allen deutlich werden: Wir brauchen endlich Maßnahmen der Bundesregierung, um die illegale Migration zu begrenzen. Unsere Kommunen sind an der Belastungsgrenze!

DialogWERKSTATT

„Leben mit der chronischen Krankheit Lymph- und/oder Lipödem - Therapie "Kompression" oder "Liposuktion"?!“

Gäste:

Andrea Fach (Selbsthilfegruppe "Life in Compression")

Caroline Sprott (Health-Influencerin)

Ralph Martig (Experte für lymphologische Flachgestricke)

Dr. med. Maximilian Kovács (Facharzt für Dermatologie
und Venerologie)

Donnerstag, 30.11.23, 18:00 Uhr via Webex



**„Leben mit der chronischen Krankheit Lymph- und/oder Lipödem -
Therapie "Kompression" oder "Liposuktion"?!“**

Bei meiner 14. DialogWERKSTATT habe ich mit vier Expertinnen und Experten über das Thema: „Leben mit der chronischen Krankheit Lymph- und/oder Lipödem - Therapie "Kompression" oder "Liposuktion"?!“ gesprochen.

In Deutschland leiden rund 4 Millionen Betroffene unter einer Lipödem-Erkrankung. Das

Lymph- und Lipödem ist eine chronische und nach aktueller Lehrmeinung schrittweise Erkrankung, die vorwiegend Frauen betrifft. Erste Symptome der Krankheit manifestieren sich häufig in Phasen hormoneller Umstellungen (Pubertät, Schwangerschaft, Menopause). Das klinische Erscheinungsbild ist gekennzeichnet durch eine unverhältnismäßige Fettverteilungsstörung zwischen Körperstamm und Extremitäten – unter Aussparung der Hände und Füße. Die Betroffenen müssen teils schwere Schmerzen und vielfältige Folgeerkrankungen erdulden.

In ihrer Online-Veranstaltungsreihe "DialogWERKSTATT" hat Diana Stöcker MdB mit Expertinnen und Experten u.a. folgende Fragestellungen diskutiert: Welche Therapie ist besser geeignet, um der Krankheit zu begegnen und einen "normalen" Alltag bestreiten zu können? Sind die Krankenkassen bei der Leistungserbringung auf der Höhe der Zeit und Erkenntnisse über die Krankheit? Wie schaffen wir es, Betroffene vom Stigma der selbstverschuldeten Fettleibigkeit zu befreien?

Diese und weitere Fragen diskutierte Diana Stöcker MdB via Webex mit ihren Gästen:

- Andrea Fach, Selbsthilfegruppe "Life in Compression"
 - Hendrikje ter Balk, Vorstand LipödemGesellschaft e.V.
 - Ralph Martig, Experte für lymphologische Flachgestricke
 - Dr. med. Maximilian Kovács, Facharzt für Dermatologie und Venerologie
- In der Diskussion wurde u. a. deutlich,
- dass es für Patientinnen und Patienten kein richtig oder falsch gibt bei der Frage, ob eine Kompressionstherapie oder eine Liposuktion, also ein operativer Eingriff, bei dem überflüssiges Gewebe entfernt wird, das richtige Instrument bedeutet,
 - dass es sehr viele individuell unterschiedliche Wege gibt, eine Lipödem-, Lymphödem-Erkrankung zu therapieren.
 - dass es sehr wichtig ist, über die Optionen aufgeklärt zu werden, an die Hand genommen und verstanden zu werden.
 - dass das Wissen von Ärztinnen und Ärzten im Medizinstudium oder in der Weiterbildung dringend verbessert werden muss, um gezielte Diagnosen stellen und somit den Betroffenen schnell helfen zu können.

Ich habe zugesagt, dass ich mich weiter für das Thema in Berlin einsetzen werde.

Auf YouTube können Sie die Veranstaltung ansehen und anhören: <https://youtu.be/0xieLSlfqk>

Neues aus dem Wahlkreis



Im Gespräch mit dem ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst für den Landkreis Lörrach/Hochrhein

Ich war zu Besuch im ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst für den Landkreis Lörrach/Hochrhein. Im Gespräch mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und der hauptamtlichen Koordinatorin des Dienstes haben Sabine Glaser und Dietrich Eberhardt, beide CDU-Steinen, und ich der Arbeit der Hospizkolleginnen unseren höchsten Respekt ausgedrückt.

Wenn Kinder und Jugendliche von einer lebensbegrenzenden oder lebensbedrohlichen Erkrankung betroffen sind, wenn sie mit einer schweren Krankheit oder dem Tod eines Elternteils konfrontiert sind, brauchen sie und ihre Familien besondere Unterstützung. Die Hospizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Malteser begleiten die betroffenen Familien ab dem Zeitpunkt der Diagnose während der gesamten Lebens-, Sterbe- und Trauerzeit.

Dabei orientieren sie sich an den Bedürfnissen der erkrankten Kinder und Jugendlichen und haben gleichzeitig deren ganze Familie im Blick. Viele Einsätze betreffen auch Geschwisterkinder, die oft notgedrungen im Schatten stehen. Sie bekommen Unterstützung im Alltag oder „einfach“ Zeit zum Kind sein, für Spiele und Ausflüge machen, aber auch fürs Reden und Zuhören.

Die ehrenamtlichen Mitarbeitenden werden in Schulungen gezielt auf ihre Aufgaben

vorbereitet. Sie nehmen regelmäßig an Supervisionen und Fortbildungen teil und unterliegen der Schweigepflicht. Das Angebot ist unabhängig von Nationalität, Weltanschauung, Konfession und für alle kostenfrei.



Mit dem baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl zum Informationsbesuch bei der Bundespolizei am Grenzübergang Basel

Mit dem Innenminister von Baden-Württemberg Thomas Strobl zu Besuch bei der Bundespolizei und der „Gemeinsamen operativen Dienstgruppen CH/D“ (GoD) am Badischen Bahnhof. Gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkollegen Felix Schreiner MdB und Sabine Hartmann-Müller MdL erhielten wir einen aktuellen Überblick über die Situation an der deutsch-schweizerischen Grenze. Im direkten Austausch mit der Bundespolizei wurde uns bestätigt, dass die stationären Grenzkontrollen wirken. Leider ist es so, dass das Bundesinnenministerium lange Zeit diese wichtige Maßnahme blockiert hatte. Wir sind uns einig, dass die Ampel-Regierung dieses effektive Instrument der stationären Grenzkontrollen schon viel früher hätte einsetzen müssen. Nun sind zum ersten Mal seit 2022 die Zahlen rückläufig: Im Oktober 2023 sind 17146 unerlaubte Einreisen nach Deutschland festgestellt worden, während es im September 2023 noch 21.365 waren.

Trotzdem befinden sich die Zahlen insgesamt dennoch auf einem zu hohen Niveau: Im Vergleich zum Oktober 2022 haben wir eine Erhöhung der Zahlen um über 50 Prozent.

Bei unserem Treffen konnten wir uns einen Eindruck davon verschaffen, wie wichtig der Beitrag an der Grenze ist, den die „Gemeinsame operative Dienstgruppe“ (GoD), die jeweils aus zehn Mitarbeitern der deutschen Bundespolizei und dem Bundesamt für Zoll

und Grenzsicherheit (BAZG) auf Schweizer Seite besteht, leistet. Dabei lautet der Auftrag des GoD:

Gegenseitige Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung im gemeinsamen Grenzraum: u. a. Verhinderung illegaler Migration, die Personen-/Sachfahndung, Betäubungsmittel, Verfolgung des Waren- und Menschenschmuggels.

Vermittelt wurden uns die Vorteile des GoD. Es sind u. a. der direkte Austausch, sich ergänzende Informationen und ein gemeinsames Vorgehen. Fahndungen und Kontrollen gestalten sich so effektiver: Regelmäßig gehen unerlaubt Einreisende, gesuchte Personen und Drogenkuriere ins Netz der Sicherheitskräfte.



Großprojekt Zentralklinikum: wichtig für den Landkreis Lörrach

Landrätin Marion Dammann führten uns - auf dem zukünftigen Weg von Patienten - über die Eingangshalle, zu den Notaufnahmen, Operationssälen und Stationen. Ebenso entstehen bereits das Zentrum für Seelische Gesundheit, eine DRK-Rettungswache und zukünftig ein Ärztehaus und ein Gesundheitszentrum.

Die Arbeiten am neuen Zentralklinikum des Landkreises Lörrach schreiten sichtbar voran, und wir Abgeordneten Sabine Hartmann-Müller MdL und Jonas Hoffmann MdL waren beeindruckt von Planung und Ausführung des Bauprojekts. Im anschließenden Fachgespräch mit Udo Lavendel, Geschäftsführer der Klinik GmbH, sprachen wir über die zahlreichen Herausforderungen, die unsere Kliniklandschaft im Kreis wie auch deutschlandweit betreffen.

Ich bin als Kreisrätin des Landkreises Lörrach sehr dankbar dafür, dass wir 2017 den

„Lörracher Weg 2.0“ - aus 4 Kliniken ein zentrales Klinikum neu zu bauen - besprochen hatten und uns damit für die Zukunft sicher aufstellen. Ein Weg, den viele Landkreise und Träger noch vor sich haben werden.

Der Neubau umfasst 677 Betten im somatischen und psychosomatischen Bereich sowie acht tagesklinische Plätze in der Psychosomatik. In der Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrie wird die Bettenzahl auf 145 plus 15 tagesklinische Plätze erhöht. Der neue Gesundheitscampus bringt zukunftsichere medizinische Versorgung für die Patientinnen und Patienten und attraktive Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden.

Augenblicke



... zum "bundesweiten Vorlesetag" in der KITA Efringen-Kirchen vor einem aufmerksamen Publikum ... politischer Stadtrundgang der CDU Kandertal mit Bürgermeister Andreas Schneucker und vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern ...



... beim feierlichen Gelöbnis von 400 Soldatinnen und Soldaten auf dem Paradeplatz des Bendlerblocks in Berlin ... am Volkstrauertag in Weil am Rhein im Gedenken an die Lieben, die wir verloren haben ...



... am 9. November in Gedenken an die jüdischen Opfer und im Gedenken an über 1200 ermordeten und 240 entführten Opfer der Hamas-Terrororganisation nationalsozialistischer in der Prognomnacht 1938 ... kleine "Bergwanderung" in Berlin. Tolle Ausblicke vom Gipfel des 120 Meter hohen Teufelsbergs im Grunewald in Berlin, Schauplatz des Kalten Krieges ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl):

Freitag, 01. Dezember: Vorstandssitzung des Euro-Districtrates Basel

11. – 15. Dezember: Plenarwoche in Berlin

Mittwoch, 13. Dezember: Parlamentskreis Suizidprävention

Donnerstag, 14. Dezember: Gespräch in Berlin mit dem Landesrabbiner Moshe Flomenmann und Zeitzeugin Hanna Scheinker (geb. 1934), Synagoge Lörrach

Freitag, 15. Dezember: Treffen mit jungen Menschen aus meinem Wahlkreis zu den „Tagen der Begegnung“

Dienstag, 19. Dezember: Termine in Buggingen

Mittwoch, 20. Dezember: Sitzung CDU-Fraktion Kreistag Lörrach

Mittwoch, 20. Dezember: Arbeitskreis Palliativversorgung im Landkreis Lörrach

Freitag, 22. Dezember: Besuch der jüdischen Gemeinde Lörrach zusammen mit

Sabine Hartmann-Müller MdL und dem Kreisverband CDU Lörrach

Sonntag, 24. Dezember: Heiligabend. Ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Sonntag, 31. Dezember: Sylvester! Einen guten Rutsch in ein gesundes 2024!



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de
